

KOHLEAUSSTIEG

Kritik am Fahrplan

Klimaschützern geht der Abschied von der Kohle zu langsam. Doch Versorger und Gewerkschafter erinnern an die soziale Dimension.

Frank Specht Berlin

Das Klimagewissen ist 15 Jahre alt und malt die drohende Entwicklung in düsteren Farben: "Wir sind am Anfang von einem Aussterben, das diese ganze Erde betrifft", sagte die 15-jährige Fridays-for-Future-Aktivistin Franziska Wessel beim Handelsblatt-Energiegipfel. Und die Politik mache zu wenig. "Das vergangene Jahr begann am 25. Januar mit einem komplett unzureichenden Kohlekompromiss und endet mit einem Australien, das brennt, und einem Anstieg des globalen CO₂-Ausstoßes", kritisierte Wessel. Politik und Wirtschaft dürften sich nicht länger vor der Verantwortung verstecken.

2038 soll in Deutschland das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, so hatte es die sogenannte Kohlekommission vor einem Jahr empfohlen. Seit vergangener Woche gibt es auch einen gemeinsamen Fahrplan von Bund, Ländern und Energiewirtschaft. So sollen etwa die Braunkohle-Versorger für den Ausstieg im Westen Entschädigungen von 2,6 Milliarden und im Osten von 1,75 Milliarden Euro bekommen. Festgelegt wurde zudem, wann genau welches Kraftwerk abgeschaltet werden soll.

Doch nicht nur die Fridays-for-Future-Aktivisten halten den Fahrplan für zu wenig ambitioniert. Der Ausstiegspfad bis 2038 sei nicht stetig und nicht geeignet, die deutschen Klimaziele zu erreichen, kritisierte die Co-Vorsitzende der Kohlekommission, Barbara Praetorius. In den 2020er-Jahren würden nur besonders alte Kraftwerke vom Netz genommen, und das ließen sich die Betreiber auch noch teuer vergüten, kritisierte die Professorin für Nachhaltigkeit, Umwelt- und Energieökonomie und -politik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Die Bundesregierung verpasse die Chance, einen gesellschaftlichen Konflikt zu befrieden.

Acht der 28 Kommissionsmitglieder fordern den Bundestag in einer Stellungnahme auf, zum vereinbarten Pfad zurückzukehren. Der jetzt vereinbarte Fahrplan führe bis 2030 zu einem zusätzlichen CO₂-Ausstoß von etwa 40 Millionen Tonnen. RWE-Chef Rolf Martin Schmitz verteidigte in der Diskussion mit Praetorius und IG-Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb den Ausstiegspfad. Daran solle man sich halten, weil auch die soziale Komponente berücksichtigt werden müsse. Wenn RWE 300 Megawatt vom Netz nehme, dann seien das 400 Arbeitsplätze. "Sie sollten sich ab und zu die Dimension bewusst machen", sagte Schmitz an die Adresse von Praetorius.

/// Klimaneutral bis 2040 //

RWE werde in drei Jahren ein Drittel seiner Kohlekraftwerkskapazität vom Netz nehmen, bis 2030 sogar zwei Drittel. Bis 2040 solle RWE klimaneutral sein. "Als Unternehmen sind wir vielleicht schneller als die Politik." Wie Schmitz warnte auch Gewerkschafter Lemb davor, durch einen überstürzten Ausstieg den sozialen Frieden im Land zu gefährden: "Wir müssen die Belegschaften in diesen Veränderungsprozessen auch mitnehmen." Sonst drohe nur der rechte Rand gestärkt zu werden.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte in seiner Rede am Vormittag zudem betont, dass auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts berücksichtigt werden müsse. Die Energiewende sei eine "Operation am offenen Herzen der Volkswirtschaft". Deutschland werde nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn ausreichend Strom aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung stehe, konterte Praetorius. Dafür aber vermisse sie klare "Leitplanken" der Politik. Ohne diese werde das Ziel, bis 2030 zwei Drittel des Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, nicht erreicht.

Auch Gewerkschafter Lemb forderte einen klaren Rahmen, um den Energieanlagenbauern Planungssicherheit zu geben. Wenn das nicht gelinge, werde nach der **Solarindustrie** auch der Windenergieanlagenbau als vielversprechender Industriezweig aus Deutschland verschwinden.

Faktisch ist der Windkraftausbau in Deutschland nahezu zum Erliegen gekommen. Und die neue Abstandsregelung von 1 000 Metern zur nächsten Bebauung, die Wirtschaftsminister Altmaier durchsetzen wollte, hätte ihn weiter gebremst.

Fridays-for-Future-Aktivistin Wessel, die am Vormittag von Altmaier in seiner Rede noch für ihren Klimaeinsatz gelobt worden war, ist denn auch nicht gut auf den Wirtschaftsminister zu sprechen: "Wenn Herr Altmaier mir ein Kompliment macht, macht mich das nur traurig", sagte die Schülerin vor den rund 1 200 Teilnehmern in Berlin. "Weil Herr Altmaier der Minister ist, der die Windkraft blockiert."

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Sie sollten sich ab und zu die Dimension bewusst machen.

Rolf Martin Schmitz
RWE-Chef

Specht, Frank



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 015 vom 22.01.2020 Seite 007
Ressort:	Tagesthema
Serie:	Energie-Gipfel (Handelsblatt-Beilage) Handelsblatt-Tagung (Handelsblatt-Serie)
Branche:	ENE-11 Kohle B
Börsensegment:	dax30 ICB7575 stxxx
Dokumentnummer:	1DB7FA27-5884-487B-AD03-F95BA88935D2

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_1DB7FA27-5884-487B-AD03-F95BA88935D2%7CHBPM_1DB7FA27-5884-487B-AD03-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH